



# Die Vision des Präsidenten

## Wie sieht die Universität nach ihrer Zerschlagung aus?

Sparen als Chance begreifen. "Aus weniger mehr machen" (Mlynek). Die gewillkürte, doch für alle Beteiligten scheinbar schicksalhafte Zerschlagung der öffentlichen Einrichtungen für neue Visionen ausbeuten. Das ist die Motivation der Hochschulleitung bei ihrer "Strukturplanung 2010".

### Die Liga der Visionäre

Prof. Dr. Gerhard Ackermann  
ehem. Technische Fachhochschule Berlin

Dr. Norbert Bensel  
Deutsche Bahn AG, Vorstand  
Mitglied des Kuratoriums der HU

Gerd von Brandenstein  
Siemens AG, Berliner Büro der Leitung

Prof. Dr. Detlev Ganten  
Max-Delbrück-Centrum für Molekulare  
Medizin Berlin-Buch, Stiftungsvorstand

Prof. Dr. Peter Gaehtgens  
ehem. Präsident der Freien Universität  
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Prof. Dr. Dieter Grimm  
Wissenschaftskolleg zu Berlin, Rektor

Prof. Dr. Ingolf Hertel  
IGAFA Adlershof und Max Born Institut

Dr. Thomas Hertz  
Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Dr. Hans-Georg Junginger  
Sony Europe GmbH, Executive Adviser

Prof. Dr. Jürgen Kocka  
Präsident des Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung

Prof. Dr. Kurt Kutzler  
Präsident d. Technischen Universität Berlin

Prof. Dr. Hanns-Jürgen Lichtfuß  
Technologiestiftung, Vorstand

Prof. Dr. Jürgen Mlynek  
Präsident d. Humboldt-Universität zu Bln.

Prof. Dr. Michael Steiner  
Hahn-Meitner-Institut, Geschäftsführer

Prof. Dr. med. Günter Stock  
Schering AG, Vorstand  
Mitglied des Kuratoriums der HU

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
Präsident des Deutschen Instituts für  
Wirtschaftsforschung (DIW)

In Zeiten leerer Kassen gilt es, die Universität auf ihre profitablen Filetstücke zu reduzieren. Und das sind weniger die Philologien oder "Orchideenfächer", auch wenn sie noch so bedeutende Wissenschaft betreiben, sondern anwendungsorientierte Wissenschaften. Während aber staatlichen Institutionen ohne Geld an der Pflege und Erhaltung aller gesellschaftlich relevanten Studien- und Forschungsbereiche gelegen ist, interessieren sich Institutionen der Wirtschaft an ganz bestimmten Forschungsergebnissen. Obwohl sie also an der flächendeckenden Erhaltung und Finanzierung der Hochschulforschung (von der -bildung ganz zu schweigen) gar nicht interessiert ist, wird die Wirtschaft als Hoffnungsträgerin der Drittmittelfinanzierung und Mäzen der Hochschulen angesehen. Kein Wunder also, dass die Universitätspräsidenten schon heute deren Nähe suchen.

Das tun sie jedoch nicht nur aus Sorge um die Zukunft ihrer Hochschulen. Der aktuelle, mensch möchte sagen neoliberale, Gesellschaftsumbau hat Forschung und Wirtschaft längst zum Schulterschluss genötigt. Im Kampf um die Erhaltung von Forschungseinrichtungen in immer neuen Kürzungsrunden wurden die Fächer diszipliniert, genau so zu denken, wie die Wirtschaft funktioniert, und sich kleine WissenschaftsmanagerInnen statt ForscherInnen als PräsidentInnen zu wählen. Dann klappt's auch mit den Drittmitteln.

Den Preis, den die Wirtschaft für ihre Unterstützung verlangt, zahlen die WissenschaftsmanagerInnen gerne, intendiert er doch den Umbau der Universitäten in marktorientierte Unternehmen mit schlanken Entscheidungsstrukturen und profitablen Forschungsbereichen. So lässt sich auch ein Papier zusammenfassen, das die Präsidenten der Berliner Universitäten in gemeinsamer Initiative mit der Wirtschaftselite Berlins (siehe Kasten) als "Leitlinien für ein neues Berliner Hochschulgesetz und künftige Hochschulverträge" erstellt hat.

Es geht um die Zukunft der Wissenschaft in Berlin. Für die Herren-Initiative *an morgen denken* meint das vor allem ihre eigene Zukunft. In der spargebeutelten Stadt sehen die Visionäre ihre Innovations- und Exklusivitätsinteressen bedroht. In gemeinsamer Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Berlin fordern sie "Handlungs- und Gestaltungsspielräume, um im Wettbewerb um Köpfe und Finanzmittel bestehen zu können."

Das von der Initiative vorgestellte Papier trägt naheliegender in erster Linie der Kompetenz ihrer Mitglieder als Firmenchefs Rechnung. Es geht um einen strukturübergreifenden "Mentalitätswechsel hin zu einer neuen Serviceorientierung innerhalb der Hochschule". Wie jedes Serviceunternehmen steht nicht nur sein Erhalt, sondern die Prosperität im Vordergrund. Dementsprechend zielen die Vorschläge der Initiative auf eine Anhäufung hochschuleigenen Ver-

mögens vor dem Hintergrund staatlicher Ausfinanzierung, zusätzlicher Einnahmen aus Studiengebühren und Steuervergünstigungen im Bereich der Körperschafts- und Mehrwertsteuer.

Eine privatwirtschaftlich verfasste Hochschule (z.B. als Stiftung) mit kurzen Entscheidungswegen und größtmöglicher Kompetenzenverknüpfung komme diesem Ziel wesentlich näher als die sperrige Gremiendemokratie. Viel besser ist es, wenn Entscheidungsprozesse in den Gremien nicht verschleppt werden können, weil diese zwar mitzureden, aber nicht zu entscheiden haben. Der Verfassungsentwurf der Initiative reduziert den Akademischen Senat daher zum bloßen Legitimationsgaranten der Hochschulleitung und Aufsichtsrat. Demgegenüber konzentrieren sich bei der Leitung alle operativen Entscheidungen insbesondere in der Stellen- und Mittelvergabe und finden in der Richtlinienkompetenz des Präsidenten ihren Leviathan. Ein Leitungsmodell, das sich mühelos auf die Fakultäten übertragen lässt – als eine Art StatthalterInnenwesen.

Natürlich bleibt ein Restanstrich Transparenz erhalten, in dem die Leitung durch ein umfangreiches System von Selbstcontrolling und Rechenschaftspflichten zu glänzen versteht. Angesichts der Tatsache, dass schon jetzt über den erheblichen Arbeitsaufwand geklagt wird, der für die Erledigung solcher Nebenpflichten aufgewendet werden muss, ist abzusehen, dass die Selbstkontrolle schnell hinter der immensen Verantwortung zu zeitnaher Entscheidungsfindung zurücktreten wird. Die dazu notwendige Flexibilität dürfe jedoch nicht durch enge dienstrechtliche Verpflichtungen, wie sie sich etwa aus dem BeamtenInnenverhältnis ergeben, begrenzt werden.

Im Wettlauf um die besten Köpfe wird sich die HU angesichts ihrer Haushaltslage allenfalls noch zwei bis drei Institute leisten können, wenn die geworbenen Köpfe erst annähernd so viel Gehalt und Aufwendersersatz verlangen wie das Präsidium schon heute verdient. Dass die gutbezahlten Visionäre ihre Vorstellungen zwar für notwendig, aber in den widerspenstigen Gremien nicht für durchsetzbar halten, verdeutlicht ihre Forderung nach deren eindeutiger Regelung durch den Gesetzgeber. Wenn dieser aber nicht tätig werden will, gibt es immer noch die Möglichkeit, den Umbau der Hochschulverfassung mit der "zwangsweisen" Umsetzung von Kürzungsaufgaben zu verbinden. Sparen als Chance begreifen – als Chance zur Durchsetzung einer hierarchisierten Leitungsstruktur, großer Fakultäten und einer Neuaufteilung von Finanzmitteln zugunsten innovativer Forschungsbereiche mit großem Anwendungsbezug. Vor dem Hintergrund des Papiers der *Initiative an morgen denken* wird endlich klar, welche Kriterien die Hochschulleitung bei ihrer Strukturplanung wirklich zugrunde gelegt hat. Das ist die Politik der Universitätsleitung.

*Wer Demokratie und Universität erhalten will, muss auch gegen diese Hochschulleitung streiken!*

#### **Forderungen der Initiative an morgen denken**

**Fakultäten:** Sollen große Forschungsbereiche zusammenführen und durch professionelle Dekanate mit Zuständigkeit für Personal- und Sachmittel geleitet werden.

**Forschung:** Zukunft der Forschung sieht die Initiative "in der Biotechnologie (Gentechnik), der Informations- und Kommunikationstechnik und Medizintechnik." (Tagesspiegel 12.11.03) .

**Interne Steuerung:** Effiziente Abläufe innerhalb der HS sollen "durch konsequente Zusammenführung von Verantwortung und Zuständigkeit" beim Präsidium und durch den Abschluss von Zielvereinbarungen auf der Grundlage von Kosten-/Leistungsrechnungen.

**Hochschulzugang:** Die HS sollen das Recht erhalten, sich ihre Studierenden selbst zu wählen.

#### **Strukturplanung des HU-Präsidiums**

"Die Fakultäten sollen im Prozess der Neuordnung selbst zu strategisch handelnden Institutionen werden. [...] Hierfür sind größere Einheiten notwendig; auch für die Leitung und Verwaltung sind größere Einheiten vorteilhaft."

"Die Lebenswissenschaften werden als Leitwissenschaften des 21. Jh. gesehen. Der Zusammenschluss in der Fakultät für Lebenswiss. wird die an der HU vorhandenen Ressourcen bündeln." In "enger Kooperation mit der Charité soll die Fakultät zum intern. Aushängeschild der HU werden."

Die bereits bestehende leistungsbezogene Mittelvergabe durch die Hochschulleitung soll weiter ausgebaut werden. An ihr sollen sich die Fächer "in der Organisation der Lehre, bei der Einrichtung von Studiengängen und in der Planung der Forschung im Wettbewerb um Mittel orientieren"

Änderung der Allgemeinen Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten sieht jetzt auch Auswahlverfahren vor.